

Empfehlungen der IAEA zur Bewältigung der Covid-19-Krise

Die Schnelligkeit, mit der sich die Covid-19-Epidemie auf der ganzen Welt ausgebreitet hat, hat viele Regierungen dazu veranlasst, der Bevölkerung außergewöhnliche Einschränkungen aufzuerlegen, um ihre Ausbreitung zu begrenzen.

Die ersten Maßnahmen sollten die Ansammlung von Menschen begrenzen, insbesondere bei Konzerten, Aufführungen und anderen kulturellen Veranstaltungen. Kurz darauf wurden alle Veranstaltungsorte geschlossen. Diese Maßnahmen führten zum sofortigen Zusammenbruch der Einkünfte im Kunst- und Unterhaltungssektor.

Der gesamte Sektor, der früh von dieser historischen Krise getroffen wurde, ist jetzt zum Stillstand gekommen. Sehr viele Beschäftigte haben kein Einkommen und der Fortbestand der Unternehmen ist ungewiss.

Der Einkommensverlust betrifft nicht nur Freiberufler, deren Situation grundsätzlich prekär ist. Wir waren schockiert zu erfahren, dass einige international renommierte Institutionen wie das MET oder das Kennedy Center beschlossen hatten, sich sofort von all ihren „festangestellten“ Künstlern zu trennen, manchmal nachdem sie erhebliche staatliche Unterstützung erhalten hatten, um ihnen in dieser beispiellosen Krisen zu helfen.

Im Kunst- und Unterhaltungssektor haben einige Regierungen Maßnahmen ergriffen, um die Beschäftigten, die sich in einer schwierigen Lage befinden, zu unterstützen. Wir fordern alle Staaten auf, diesen Weg zu beschreiten, indem sie ehrgeizige Hilfsmaßnahmen bereitstellen, die mit ausreichend Mitteln ausgestattet sind, um auf die Bedürfnisse des Sektors gerecht zu werden.

Die Initiativen müssen insbesondere folgende Ziele verfolgen:

- Gewährleistung eines angemessenen Einkommens für alle Beschäftigte des Sektors, unabhängig davon, ob es sich um Künstler, Techniker oder andere Kunst- und Kulturschaffende handelt, für den gesamten Zeitraum, in dem sie aufgrund der Gesundheitskrise ihre Tätigkeit nicht ausüben können.
- Schutz der Beschäftigten vor Entlassungen bei vorübergehender Einstellung der Tätigkeit von Unternehmen aufgrund der Gesundheitskrise.
- Vermeidung von Insolvenzen der Unternehmen, die zu einer vollständigen Schließung aufgrund der Gesundheitskrise gezwungen sind.
- Förderung des gesamten Sektors um einer schrittweisen Wiederaufnahme der Tätigkeit ohne Schaden zu bewältigen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen verschiedene Maßnahmen verzahnt werden. Sie können insbesondere Folgendes umfassen:

- Erste Priorität gilt der raschen Einrichtung von Unterstützungsfonds, die vom Staat bereitgestellt werden und ausreichend ausgestattet sind, um die Bedürfnisse aller Beschäftigten ausreichend zu umfassen für die Zeit, in der sie gezwungen sind, inaktiv zu sein und darüber hinaus Unterstützung für die Wiederaufnahme der Tätigkeit nach dem Ende der Gesundheitskrise beinhalten. Diese Mittel sollen insbesondere die Selbständigen für Einkommensverluste aufgrund mangelnder Arbeit entschädigen. Sie müssen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Jede Verzögerung gefährdet die Familien, die auf diese Hilfsmittel angewiesen sind.
- Vorübergehende Lockerung der Regeln für den Zugang zur Arbeitslosenentschädigung, insbesondere durch Aussetzung jeglicher Einschränkung der Entschädigungsansprüche oder ihrer Dauer.
- Freier Zugang zur Pflege für alle von covid-19 betroffenen Beschäftigten ohne zeitliche Begrenzung.
- Vereinbarungen zur Reduzierung oder Aufschub der Steuerpflichten von Beschäftigten und Unternehmen bis zum Ende der Gesundheitskrise oder darüber hinaus, je nach Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit in den Unternehmen. Die Zahlung von Sozialabgaben, die für den Schutz der Arbeitnehmer von wesentlicher Bedeutung sind, muss abgesichert werden.
- Vereinfachter und beschleunigter Zugang von Unternehmen zur Kurzarbeit mit staatlicher Unterstützung auf einem Niveau, das es ermöglicht, die Kaufkraft der Beschäftigten während der Krise best möglichst zu schützen.
- Die Übernahme der Sozialabgaben der Selbständigen durch den Staat, die vorübergehend nicht in der Lage sind, ihre Beiträge zu zahlen.
- Finanzhilfen der Banken wie z. B. vereinfachter Zugang zu Kreditlinien mit Nullzinssatz, Zahlungsaufschub ohne Strafen usw.
- Klare und angepasste Regeln für die Erstattung von Tickets für Veranstaltungen, die aufgrund der Gesundheitskrise abgesagt wurden, unabhängig davon, ob die Termine der abgesagten Veranstaltungen während oder nach dieser Krise liegen.

Die obigen Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Regelmäßige Konsultationen mit den Sozialpartnern sind unabdingbar und werden auch nach dem Ende der aktuellen Krise notwendig sein, um staatlichen Maßnahmen anzupassen und sicherzustellen, dass sie die richtige Antwort auf den Schock, der den Kunst- und Unterhaltungssektor erfasst hat, geben.